Acht geistig behinderte, aber sehr selbstständige Menschen haben hier in der Waldstadt von Wünsdorf seit gestern ihr neues Zuhause. Unser Fotograf traf sie in der Küche. FOTO: KLAUS SCHLAGE

Vor zwei Wochen haben die Bewohner bereits ihre Kisten ausgepackt. Zeit, sich bis heute ein bisschen einzugewöhnen. Irena Ebelt und Manfred Lehmann sind das einzige Paar in der Wohngruppe. „Hier wollen wir nie wieder weg", sagt Manfred Lehmann und strahlt. „Irena und ich haben ein gemeinsames Schlafzimmer, ein Wohnzimmer und eine kleine Küche mit Balkon. Da können wir uns mal schnell einen Kaffee oder Tee kochen", schwärmen beide.

„Hier ist wenigstens was los", sagt ein anderer Bewohner. Diethelm Wolff und Christian Rachow sind so froh, von ihrem neuen Wohnort aus, allein und schnell einkaufen gehen zu können. Die Wohnstätte „Seerose" im Sapherschen Weg in Wünsdorf liegt zu weit weg vom dörflichen Geschehen. Wenn Menschen geistig behindert sind, hieße das nicht, sie auszugrenzen. Ungewollt fühlten sie sich dort am „Ende der Welt" manchmal so. „Diese Acht haben auch im Wohnheim schon ein ziemlich selbstständiges Leben geführt", sagt Marion Henkel. „Sie wurden von uns gefördert und gezielt auf ein fast eigenständiges Leben vorbereitet." Jeden Morgen und jeden Abend werden sie jetzt von einem Bus abgeholt, der sie zu ihrer Arbeitsstätte, den Wünsdorfer Werkstätten, und nach Hause fährt. Das sei schon eine Umstellung, denn früher sind sie quasi aus dem Bett gefallen und waren in der Firma.

Ulf Seegebrecht betreut die Wohngruppe Waldstadt. Nachts ist sie allein. „Wenn es doch mal Probleme gibt", beruhigt Marion Henkel, „dann haben unsere Schützlinge ja das Telefon mit einem Direktanschluss zu ihrem Mutterhaus." Die Einrichtung der Gemeinschaftsräume bekam der Verein übrigens vom Land mit 23 000 Mark gefördert.

Kein Rücktritt und Ruhe bewahren

Bürgermeister Karl-Heinz Klinnert nach dem Gadsdorfer Nein zur Großgemeinde

GADSDORF ■ Bürgermeister Karl-Heinz Klinnert und die derzeit vier Gemeindevertreter sollten ihr Ehrenamt niederlegen. Das verlangte auf einer Gemeinderatssitzung diese Woche eine Gruppe parteiloser Gadsdorfer, zu den beiden zurückgetretenen Gemeinderatsmitglieder gehören.

„Wir sind nicht zurückgetreten", sagte Karl-Heinz Klinnert gegenüber der MAZ. Der spontane Beifall von den etwa 40 zur Sitzung Anwesenden „gibt uns Halt, in der Zeit bis zu weiteren Entscheidungen jetzt in Ruhe weiterzuarbeiten und alles zu tun, dass für die Gemeinde kein Schaden eintritt". Aus dem 180-Seelen-Dorf – dem kleinsten im Amt Am Mellensee – war das einzige klare Nein zur Großgemeinde gekommen. Damit entgeht dem Ort die so genannte Kopfprämie von 200 Mark pro Einwohner. Alle anderen fusionswilligen Orte bekommen bei der Fusion 200 Mark pro Bürger. Würden alle Gemeinden geschlossen fusionieren, hätte es 300 Mark gegeben.

Das Nein der Gadsdorfer zu einer einzigen Gemeinde im Amt wertet Bürgermeister Karl–Heinz Klinnert nicht als strikte Ablehnung der Großgemeinde. Nach vielen Gesprächen im Ort sagt er: „Die Bürger waren wohl auch verunsichert. Und es ist offenbar eher so, dass sie meinen, wie es jetzt ist, so läuft es für Gadsdorf in der Gemeinde und mit dem Amt ganz gut."

Das habe er auch zur Gemeinderatssitzung diese Woche so dargestellt, sagt Klinnert. Denn ein Tagesordnungspunkt hieß: Auswertung des Bürgerentscheids zur Gebietsreform. Dass mit 77,1 Prozent der Stimmberechtigten so viele Bürger wie in keinem anderen Ort des Amtes am Bürgerentscheid am 21. Oktober teilgenommen hatten, zeugt für den ehrenamtlichen Chef von „wirklichem Demokratieverständnis, die eigene Verantwortung auch wahrzunehmen".

Angesichts der jetzigen Situation wirbt Klinnert dafür, „den Bürgern innere Ruhe zu geben und ordentlich weiterzuarbeiten". So lange, bis das Land nach der Phase der freiwilligen Fusionen – sie endet am 31. März 2002 – „mit Einzelgesetzen entscheidet oder bis zur Kommunalwahl 2003". Ein Einzelgesetz hieße für Gadsdorf Zwangseingemeindung; mit weniger als 500 Einwohnern hat es allein keine Chance.

Noch ist offen, ob sich alle anderen Orte zu einer Gemeinde zusammenschließen. Denn in Rehagen, Mellensee und Saalow müssen jetzt die Gemeinderäte entscheiden, nach dem beim Bürgerentscheid nicht die nötigen Stimmanteile erreicht wurden. Auch wenn es eine große Gemeinde und Gadsdorf geben würde, droht die Zwangseingemeindung – das Eingliederungsgesetz des Landes lässt keine Zwei-Gemeinden-Ämter mehr zu.

Karl-Heinz Klinnert überlegt, ob er als Vorsitzender des Amtsausschusses zur nächsten Sitzung dieses Gremiums am 21. November die Vertrauensfrage stellt. *ja*

hin.

Es ist jedoch absehbar, dass sich die Situation bei weiterem Zuzug von Familien und bei steigenden Geburtenzahlen schnell zuspitzen kann. Die Entwicklung sei nicht rückläufig, ergänzt Gesine Siems, die Leiterin des Sozial- und Ordnungsamtes. „Immer ältere Mütter kriegen mehr Kinder", sagt sie.

Ein durchaus erfreulicher Trend, dem das Amt mit der Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze Rechnung tragen will. So gibt es Überlegungen, die Hortkinder des „Waldhauses" in die „Räuberhöhle" umziehen zu lassen, und zukünftig im „Waldhaus" Kinder bereits ab zwei Jahren aufzunehmen. Erwartungen möchte man aber von Seiten des Amt

Verein hat, so berichtet d
Vorsitzende des Ausschuss
Sylvia Muschinsky, die Liq
dation beantragt und wird si
noch in diesem Monate auf
sen. Zuletzt wurden hier ze
Kinder jeweils fünf Stund
von einer Erzieherin betre
nicht alle Kinder kamen all
dings aus Rangsdorf. Letztli
war die Arbeit für den Vere
der sich immer wieder u
neue Kinder bemüht hatte,
nanziell einfach nicht me
tragbar.

Insgesamt ist man sich
dem Ausschuss darüber kl
dass der steigende Bedarf
Betreuungsplätzen für Kind
langfristig abgesichert werd
muss. Für Sylvia Muschins
käme dabei beispielsweise e
Anbau an eine der bestehe
den Kitas in Frage.

Kulturhaus noch nicht offen für Vereine

Winkelmann regt Vereinsrat an

LUDWIGSFELDE ■ Die Nutzung von Räumlichkeiten im oberen Teil des Seitenflügels des Kulturhauses der Stadt Ludwigsfelde für gemeinnützige Vereine bleibt weiter offen. Eine entsprechende Vorlage wurde bei der jüngsten Sitzung des Hauptausschusses zur erneuten Diskussion an die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zurückgereicht. Der Grund: Ausschussmitglied Michael Winkelmann (SPD) legte zwei neue Vorschläge auf den Tisch.

Er regte an, dass alle an den Räumen interessierten Vereine eine Art Vereinsrat bilden sollten. Der könnte die Vergabe und Verteilung dann in Selbstverwaltung regeln. Außerdem, so Winkelmann, mü
se über eine angemessene B
teiligung der Vereine an d
Betriebskosten in Höhe v
rund 20 000 Euro pro Ja
nachgedacht werden.

Der Ausschussvorsitzend
Bürgermeister Heinri
Scholl, schlug vor, die Verei
einzuladen und mit ihn
über diese Punkte zu rede
Seit definitiv fest steht, da
die Musikschule der Sta
nicht in den Seitenflügel d
Kulturhauses umziehen wir
drängen die Vereine der Sta
darauf, die Räume in diese
Trakt nutzen zu können. Alle
dings haben sie bisher ei
kostenfreie Nutzung im Ko
gehabt, wenn sie bei der He
richtung helfen würden. *h*